

Mut zum Widerspruch

Außenansicht: Von der Rolle / SZ vom 5. Januar

Zbigniew Brzezinski, der ehemalige Nationale Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, hat mit seiner Kritik an der europäischen Politik gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt vollkommen recht: Deutschland und die Europäische Union könnten stärker zu einem dauerhaften Frieden beitragen. Dies würde allerdings ein größeres Maß an politischer Glaubwürdigkeit voraussetzen. Denn wohlbekannt ist den Europäern die Schärfe der Auseinandersetzungen, für die die Regierung in Jerusalem maßgebliche Verantwortung trägt. Gleichwohl beschränken sie sich auf die Wiederholung rhetorischer Formeln, statt die verfügbaren Instrumentarien für die Umsetzung der Zweistaatenregelung zu mobilisieren.

Die dauerhaft gesicherte Existenz Israels hängt von einem souveränen Staat Palästina und vom Frieden mit den arabischen Nachbarstaaten ab. Europa kann nicht daran interessiert sein, dass Israel ein Fremdkörper in der Region bleibt. Deshalb muss es mit den zu Gebote stehenden Mitteln der Diplomatie zum Frieden zwischen beiden Völkern kraftvoller beitragen. Dazu müssen sich ihre Regierungen um ein stärkeres Gewicht im Rahmen des Nahost-Quartetts bemühen, weil die Hinnahme der US-amerikanischen Führungsrolle den Konflikt verlängert, wie Brzezinski ausführt.

Das internationale Treffen in Annapolis kann politisch nur dann zum Erfolg führen, wenn den direkten Verhandlungsparteien unverrückbare Zielvorstellungen mitgegeben werden. Dazu gehören die zentralen Herausforderungen, um deren Klärung sich die internationale Diplomatie jahrzehntelang herumgedrückt hat - die Grenzen, die Siedlungen, die Jerusalemfrage und die Flüchtlings- und Sicherheitsfragen -, sowie ein wohlbegründeter Zeitrahmen und ein unzweideutiger Überprüfungsmechanismus für die Zwischenergebnisse, auf die sich Israelis und Palästinenser verständigen.

Die in der deutsch-jüdischen Geschichte begründete Besonderheit der deutschen Beziehungen zu Israel ist kein Freibrief für doppelte Maßstäbe im Nahen Osten. Die Bundesregierung und die ihr nahestehenden Institutionen sollten den Mut aufbringen, der israelischen Regierung und ihren verlängerten Statthaltern in Deutschland auch öffentlich zu widersprechen. Denn schon seit geraumer Zeit können sie sich nicht mehr der Einsicht verschließen, dass die israelische Politik dem Ziel des Friedens zuwiderhandelt. Judith Bernstein, München

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.19, Mittwoch, den 23. Januar 2008 , Seite 10